

*Domnitz, Christian: Die Beneš-Dekrete in parlamentarischer Debatte. Kontroversen im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik.*

LIT, Berlin 2007, 140 S. (Tschechien und Mitteleuropa 5).

Zwischen den Ländern Europas, zwischen Einzelpersonen, Interessengruppen und Regierungen werden bis in die jüngste Zeit zahlreiche Debatten darüber ausgefochten, in welcher Weise der Zweite Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen zu bewältigen seien. Das Spektrum der Themen reicht vom Streit um den Verbleib kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter über die Entschädigung von Zwangsarbeitern bis hin zu den zahlreichen Kontroversen um Aufgaben und Profil von Museen und Gedenkstätten.

Je mehr solche öffentlich geführten Auseinandersetzungen an Fahrt gewinnen und vielerorts die Gemüter erhitzen, desto rarer werden sachkundige Stellungnahmen. Vor diesem Hintergrund ist der Band von Christian Domnitz zu begrüßen: Er analysiert in ausgewogener Weise die Debatten im Europa-Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus während der Jahre 2002 und 2003 um die so genannten Beneš-Dekrete. Diese Erlasse, unterzeichnet vom tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš am Ende des Zweiten Weltkriegs, bildeten die Grundlage für die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Böhmen. Domnitz' Band erschien 2007 zeitgleich in einer deutschen und einer tschechischen Fassung. Grundlage für diese Rezension ist der deutsche Text.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, „wie Vorstellungen von Geschichte und – konkreter – des Entstehungskontexts der Präsidialdekrete die Debatte beeinflusst haben“ (S. 11). Für die Analyse subsumiert Domnitz die vielfältigen Inhalte der Parlamentarier-Wortmeldungen unter drei Bereichen, und zwar „Geschichtsverständnisse, Diskurse und Symbolpolitik“. Es geht ihm weniger um eine komparatistische Perspektive – obwohl die Studie auch Vergleiche zwischen den Debatten zieht – als um die Thematisierung der diskursiven Beziehungen zwischen den parlamentarischen Debatten. Als Quellen nutzt er einerseits Reden und Beschlüsse aus beiden Parlamenten, andererseits hat er 19 Hintergrund-Interviews mit Abgeordneten geführt, die an der Debatte beteiligt waren.

Eine aktive Rolle schreibt Domnitz jenen Abgeordneten des Europa-Parlaments zu, die zugleich Mitglieder oder Anhänger der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind und in den Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik eine Möglichkeit gesehen hätten, die Beneš-Dekrete auf die Agenda zu bringen. Dies taten sie allerdings aus unterschiedlichen Motivationen – angefangen von der Erwartung, die tschechische Regierung möge sich zu einer entschuldigenden Geste bereit finden, bis hin zu einem handfesten materiellen Interesse an Entschädigungen der vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen. Im Gegensatz zu dieser aktiven Gruppe kam dem tschechischen Abgeordnetenhaus eine eher passive Rolle zu, da die Debatte um die Dekrete hier als eine von außen aufgezwungene Auseinandersetzung empfunden wurde.

Domnitz analysiert die unterschiedlichen Standpunkte und arbeitet als wesentliche Ursache für die Heftigkeit der Kontroverse heraus, dass die beteiligten Ak-

teure keine Übereinstimmung darüber erzielen konnten, welcher Art das behandelte Problem überhaupt sei: Während einige Abgeordnete des Europa-Parlaments implizit oder explizit Entschädigungen forderten, waren sich andere europäische Parlamentarier sowie das gesamte tschechische Abgeordnetenhaus darüber einig, dass Diskussionen über materielle Fragen von vornherein ausgeschlossen bleiben sollten. Die Debatten – so Domnitz – waren von einer Spannung zwischen Zukunftsorientierung einerseits und Aufarbeitung der Geschichte andererseits geprägt. Mehr oder minder forderten alle Abgeordneten beides. Heftig umstritten blieb jedoch, ob ein pragmatischer Weg einzuschlagen sei, der eventuelle Vergangenheitsfragen zugunsten eines gemeinsamen Weges in die europäische Zukunft ruhen lässt, oder ob dieser erst gegangen werden könne, nachdem als offen betrachtete Fragen der Geschichte (im konkreten Fall also die Aufarbeitung der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei) angemessen in der Öffentlichkeit thematisiert wurden.

Sehr lebendig sind besonders jene Passagen der Studie geraten, in denen Domnitz die Wortmeldungen der Abgeordneten direkt gegenüberstellt. Aufschlussreich sind zudem seine Schilderungen der Diskursstrategien verschiedener Abgeordneter, sich als Vertreter einer – vermeintlichen – Mehrheitsmeinung oder eines Konsenses zu inszenieren (besonders eindrücklich S. 72).

Für jene Leser, die mit den tschechisch-europäischen Beziehungen weniger vertraut sind, wären an einigen Stellen kurze Erläuterungen oder Verweise wünschenswert gewesen. Dies gilt beispielsweise für die nur erwähnte Debatte tschechischer Intellektueller über den Zweiten Weltkrieg und die Zwangsaussiedlung der Deutschen (S. 83). Außerdem hätte es das Verständnis der begrifflichen Schwierigkeiten in dieser Kontroverse, die schon in den terminologischen Unterschieden zwischen dem Tschechischen und dem Deutschen angelegt sind, erleichtert, wenn Schlüsselbegriffe und markante Wortgruppen durchgängig in der Originalsprache des Zitats in Klammern oder in den Fußnoten angegeben worden wären. Hier leistet auch der grundsätzlich erfreuliche Umstand, dass die Studie in einer deutschen und einer tschechischen Fassung vorliegt, nur bedingt Abhilfe: Da die Anmerkungen in beiden Fassungen unterschiedlich nummeriert sind, muss man das jeweilige anderssprachige Kapitel durcharbeiten, um die gesuchte Passage zu finden.

Diese Bemerkungen schmälern jedoch nicht den Gesamteindruck einer klaren und ausgewogenen Analyse auf breiter, für den Leser gut aufbereiteter Quellengrundlage. Domnitz formuliert abschließend die These, dass es selbst nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union immer wieder zu solchen Kontroversen kommen werde, solange innerhalb der EU kein Konsens darüber erzielt wird, ob auf offene Fragen der Geschichte eine ideelle, grundsätzliche oder pragmatische Antwort zu suchen sei. Wer einen klaren Blick auf die Wechselfälle und Missverständnisse kommender erinnerungspolitischer Debatten in Europa sucht, dem sei der Band von Christian Domnitz zur Lektüre empfohlen.